

Ercheint wöchentlich einmal: Freitags. Anzeigen: Die fünfgrößte Zeitung 40 Pfg. Für die Ortsvereine 10 Pfg. Im Abonnement nach Vereinbarung. Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eichhe

Abonnement: Vierteljährlich 1,- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zeitungspreislite. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 12 Berlin, den 20. März 1914 25. Jahrg.

Fernsprech - Amt Königsplatz, 4720 Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren. Fernsprech - Amt Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die rote Woche. — Der Deutsche Holzarbeiterverband und der paritätische Arbeitsnachweis zu Leipzig. — Zur Generalversammlung. — Die Frage der „Vollfürsorge“ gegen die „Deutsche Volksversicherung“ abgewiesen. — Evangelische Arbeitervereine zum Streit in den gewerkschaftlichen Gewerkschaften. — Rundschau: Ferienurlaub für Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Rekrutierung. Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse. Die „Parität“ der gewerkschaftlichen Gewerkschaften. — Feuilleton: Großräumige bedeckte Wagen zur Beförderung von Stühlen aus besseren Holzarten. — Patentkassette. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Kaiserlautern. — Lohnbewegung. — Rechnungs-Abchluss der Zuschuß-Krankenkassen- und Begräbniskasse. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Die rote Woche.

Unaufhaltsam immer wieder muß die große Masse des Volkes aufgepeitscht werden, neue Reklamebilder müssen hervorgeholt werden, ängstlich muß man darauf bedacht sein, den Blick der großen Masse von der unfruchtbarsten Tätigkeit der Sozialdemokratie abulenken. Welche Hoffnungen hat nicht so mancher Wähler auf die Zahl 110 der Abgeordneten gesetzt; bitter enttäuscht muß er auch eingestehen, daß die Sozialdemokratie auch nur mit Wasser kocht. Die sozialdemokratischen Zeitungen, allen voran der „Vorwärts“, gießen ja noch immer tagtäglich ihren ganzen Unrat auf die bürgerliche Gesellschaft aus, müssen dann aber doch in einer schwachen Stunde das Geständnis ablegen, daß all das Schimpfen nicht genügt hat, der Abnennschwand unaufhaltsam um sich greift, die gesunde Vernunft immer mehr zunimmt. Aus diesem Grunde müssen schwere Geschläge aufgeföhren werden, und man hat die Idee der Veranstaltung einer roten Woche ergriffen. Man hat hier offenbar Schule bei den großen Warenhäusern genommen; viellecht ist es auch darauf zurückzuführen, das man bei der Unterstüßung der Arbeitslosen zu Weihnachten die großen Warenhäuser besonders berücksichtigt hat.

Man veranstaltete bekanntlich eine große Sammlung für die armen Arbeitslosen, legte in jedem P-gartenladen, oder Milchgeschäft Kisten aus, klopfte die Häuser von Privatleuten ab, um dann bei der Auszahlung der Unterstüßung den Arbeitslosen statt Geld einen Bon zu überreichen, der in den drei großen Warenhäusern Berlins in Form von Waren eingelöst werden konnte. Die Entrüstung der kleinen Geschäftsleute kann man sich lebhaft vorstellen.

Um sich diesen freiwilligen Spendern auch etwas erkenntlich zu zeigen, hat man nun eine rote Woche veranstaltet, in der die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften resp. des Wahlvereins sie täglich mit ihrem Besuch beehren, um sie zu einem Abonnement auf die sozialdemokratische Presse, zum Eintritt in den Wahlverein und in die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu veranlassen. Man macht hierbei ganz besonders für die Frauen Propaganda. Ihre Parole, die sie herausgegeben haben, heißt: „Per mit dem Wahlrecht für die Frauen! Mehr Leser für die Parteipresse! Mehr Mitglieder für die Organisationen!“ Der „Leipziger Volkszeitung“ scheint diese von Leipzig herausgegebene Parole noch zu zahm zu sein, sie stellt deshalb unter der bezeichnenden Überschrift: „Nun feste drauf“ folgende Sätze auf: „Ginein in die politische (sozialdemokratische) Organisation auch mit dem Proletariat! Das sei unsere Antwort auf das von bleicher Angst (!) diktierte Vorgehen der Herrschenden! Genau so wichtig wie die gewerkschaftliche ist auch die politische Organisation für den Arbeiter! Auch damit allein ist es nicht getan, daß der Arbeiter alle fünf Jahr einmal einen roten Stimmzettel abgibt! In Reih' und Glied marschieren! Das ist es, was nottut! Die Zeit ist wahrlich zu ernst, als daß noch weiterhin die Lauen und Frauen, die Schwächlinge und Schwankenden sich breit machen dürften! Wer nicht für uns ist, der ist wider uns!

Der dumpfe Massenschritt der Arbeiterbataillone, unter dem vor einem halben Jahrhundert schon Ferdinand Lassalle, der fühne Bannerträger, im Geiste die deutsche Erde erzittern

hörte, er muß endlich zur Tat und zur Wahrheit werden!“

Aus diesen Sätzen heraus klingt deutlich der Ruf zur Revolution, zum Massenstreik. Wir versagen es uns heute, auf derartige verheerende Unsinnsigkeiten näher einzugehen. Die Idee des Massenstreiks ist elendiglich verpufft. Kein ernstlicher Gewerkschaftsführer hat sich darauf eingelassen, in dieser Frage sich irgendwie festzulegen, weil sie ganz genau wissen, daß sie in dieser Beziehung nicht hinter sich haben, und sie auch wohl wenig Neigung verspüren, die mühsam angefannten Arbeitergroßen einer Utopie zu opfern. Der Sozialdemokratie kommt es aber auch gar nicht darauf an, praktische Erfolge zu erzielen, sondern ihr gilt es, die Massen in Wort und Schrift bis zur Siebtheit aufzupeitschen; ihr Weg geht über Vernichtung von Existenzen, über Leiden. So nur ist es zu verstehen, daß in dieser roten Woche durch die Verhegung ein paar fanatische Verbrecher sich dazu hergegeben haben, das Kaiser Friedrich Denkmal zu Charlottenburg in der schamlosesten Weise mit Zuhilfenahme einer ägenden Flüssigkeit zu besudeln, indem man die Merkmale der roten Woche aufgeprägt hat. Die Behörde hat auf die Entdeckung der Freiber eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Diesen roten Waben gehörte wirklich eine gehörige Tracht Prügel. Die Verantwortung für diese ruchlose Tat tragen allein diejenigen, die durch ihre fortbauernde Hege die Sinne ihrer Mitmenschen verwirren, und sich dann zu solcher sinnlosen Tat hinreißten lassen. Die sozialdemokratische Partei und vor allem der „Vorwärts“ waschen, wie es nicht anders zu erwarten ist, ihre Hände in Unschuld. Nach ihrer bekannten Manier: „Galtet den Dieb!“ versucht man die Sache so hinzustellen, als ob die Tat von einem ausgeführt ist, der nur der sozialdemokratischen Partei etwas an Zeuge fliden will. „O, du heilige Unschuld!“ Aber alles Deuteln, Verdrehen und Bemänteln wird den Schandfleck für diese Tat nicht rein waschen. Die sozialdemokratischen Blätter berichten nun über gewaltige Erfolge, die durch die rote Woche erzielt worden sind. Wer jedoch in diesen Tagen seine Augen besonders auf die Plurze der einzelnen Häuser gerichtet hat, der wird in den Abendstunden Männer und Frauen mit Flugblättern und „Vorwärts“ ausgerüstet, sehr oft vor dem „stillen Portier“ haben stehen sehen, um sich einzelne Namen daraus abzuschreiben. Weiter führte ihr Weg dann nicht, weil das Treppensteigen an und für sich ja etwas beschwerlich ist. Das Abschreiben ist ja bequemer, und erfüllt auch seinen Zweck. Es werden nun eine Reihe von Familien mit dem „Vorwärts“ beglückt, die sich vergeblich darüber den Kopf zerbrechen, da sie doch an niemand bestellt haben; bloß die arme Wotensfrau hat später ihr Leiden. Der „Vorwärts“ aber gibt eine gewaltige Zahl von neu hinzugekommenen Abonnenten an; ebenso sehen die Erfolge in den Wahlvereinen u. dgl. aus.

Da nun bekanntlich Partei und Gewerkschaften eins find, erwächst auch für uns die dringende Pflicht, diesen Vorgängen nicht tatenlos gegenüberzustehen. Mehr wie bisher müssen wir aus uns heraustreten. Wir dürfen nicht erst warten, bis so ein „Vollabglücker“ uns mit seinem Besuch beehrt, sondern gestützt auf unsere gerechte Sache, müssen wir selbst überall versuchen, die Arbeiterchaft über den wahren Wert der Deutschen Gewerksvereine aufzuklären; unentmutigt müssen wir unsere Arbeit fortsetzen, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Der Deutsche Holzarbeiterverband und der paritätische Arbeitsnachweis zu Leipzig.

Im Leitartikel der letzten Nummer der „Eiche“ erwähnten wir bereits die Stadt Leipzig in der Arbeitsnachweisfrage. Unsere Absicht war nun eigentlich die, mit der Veröffentlichung der ganzen Materie bis zum endgültigen Abschluß zu warten. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“, veröffentlicht nun aber den Fall unter der Rubrik: Ein Terrorismusmärschen. Die ganze Darstellung, die offenbar vom Holzarbeiterverband her-

rührt, ist geeignet, der Dessenlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Der wahre Sachverhalt, wie er vor der Schlichtungskommission und dem Gewerbegericht festgestellt worden ist, ist folgender:

Das Mitglied unseres Gewerksvereins der Holzarbeiter, G. Engel-Deipzig, vereinbarte am 27. November 1913 mit einem dortigen Arbeitgeber namens Hille, daß er bei der Neueröffnung des Betriebes von Hille im Januar 1914 als Vorarbeiter im Maschinenraum eingestellt werden soll; dieses geschah. Engel arbeitete bis Montag, den 2. Februar, circa 3 Wochen. Mittags legten plötzlich die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die bei Hille beschäftigt waren, die Arbeit nieder, weil Engel nicht durch den Arbeitsnachweis eingestellt worden sei. Engel sowohl wie der Firmeninhaber Hille vertraten den Standpunkt, daß Vorarbeiter nicht durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden brauchen; abgesehen davon lag die Einstellung schon so weit zurück, daß die Arbeitsniederlegung noch unbegrifflicher und unberechtigter erschien. Trotzdem ging Engel im Einverständnis mit seinem Arbeitgeber Hille zum Arbeitsnachweis. Der Arbeitsvermittler Seidewitz (vom Deutschen Holzarbeiterverband) weigerte sich aber, ihm einen Vermittlungsschein auszustellen; der Arbeitgebervermittler war dafür, daß ein Schein ausgestellt werde, aber Seidewitz ließ dieses nicht zu. Mittwoch, den 4. Februar, nahmen die Verbändler die Arbeit wieder auf, vorher aber wurde Engel gezwungen, die Arbeitsstelle zu verlassen.

Die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungskommission, welche aus Vertretern des Arbeitgeberverbandes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes besteht, verhandelte am Mittwoch, den 4. Februar, über diesen Fall. Es kam zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber sich auf den Standpunkt der Herren Hille und Engel stellten. Der Holzarbeiterverband aber verlangte, Engel muß entlassen werden; dann wurde beschlossen, die Angelegenheit den Zentralvorständen in Berlin zur Entscheidung zu überweisen. Engel und die Arbeitgeber hatten geglaubt, daß Engel bis zu dieser Entscheidung weiter arbeiten könne. Als er jedoch am 5. Februar in den Betrieb kam, legten die Verbändler wieder die Arbeit nieder und zwangen den Arbeitgeber, den Engel zu entlassen. Da der Arbeitgeber im Druck war, gab er diesem Zwange nach.

Engel hat nun den Arbeitgeber verklagt auf Zahlung von 4 Wochen Lohn, weil eine solche Kündigungsfrist vereinbart war. Hille ist verurteilt worden, dieses Geld zu zahlen. Was nun weiter wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sitzt Engel als Familienvater außer Arbeit ohne seine Schuld. Der Arbeitgeber will Engel wieder haben. Engel will auch bei diesem Arbeitgeber arbeiten, aber der Deutsche Holzarbeiterverband läßt es nicht zu. Das sind die Segnungen des Arbeitsnachweises, der doch eine soziale Einrichtung sein soll.

In dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ ist die Sache allerdings ganz harmlos geschildert, auch wird die Sache so dargestellt, als ob die Zugehörigkeit zum Gewerksverein mit der Sache nichts zu tun hat. In dem Tatbestand des Gewerbegerichts heißt es jedoch wörtlich: Darauf habe ihr Chemann (also Herr Hille, D. R.) mit den Vorständen des Holzarbeiterverbandes, Gerike und Seidewitz, verhandelt. Diese hätten erklärt, sie könnten in dieser Angelegenheit nichts tun. Die Angelegenheit liege den Zentralvorständen in Berlin zur Entscheidung vor. Nach ihrer Ansicht sei der Grund der Niederlegung der Arbeit seitens ihrer Angestellten darin zu finden, daß der Kläger (also Engel) dem Hirsch-Dunder-Gewerksverein angehöre.

Interessant sind auch die Ausführungen einzelner Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die ohne weiteres zugeben, daß die Arbeit zu Unrecht niedergelegt worden ist. Man entblödet sich also gar nicht, in der schamlosesten Art Familienväter brotlos zu machen, alles unter dem Namen Parität und hat nachdem die Dreifigkeit, die Sache als Terrorismusmärschen hinzustellen. Öffentlich ist in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Breitern, Hilfestellungen beim Einzahlen, das Zuschalten (unter angemessener Entlohnung von Facharbeitern), das Aufstellen einfacher Platten, transportabler Baubuden und ähnliche Arbeiten von anderen Arbeitern zu deren Lohnsatz heranzuzulassen.“

*) Dieser Aufsatz ist in „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“, Zeitschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, vom 15. März 1914 enthalten.

sind in großer Zahl arbeitslos. Bis auf einen geringen Prozentsatz sind sie von ihrer Organisation ausgeschlossen, erhalten also keine oder nur noch geringe Unterstützung. Da liegt der Gedanke nahe: Übergang zur Industrie.“ Dem stellen sich aber eine Reihe Schwierigkeiten entgegen. Z. B. wird speziell in der Metallindustrie von einer Anzahl Firmen der Nachweis verlangt, daß der Einzelstellende „längere Zeit“ auf den betreffenden Artikel gearbeitet hat. Autoschlösser werden bei einer be-

gen ist jede Ermüdung eine Vergiftung, und je nach dem Grade der Ermüdung und der Veranlagung des einzelnen kann sie Erkrankungen hervorrufen.

Nach der Ansicht des italienischen Physiologen Mosse ist die Ermüdung ein chemischer Vorgang. Als Produkt dieses Vorganges entsteht eine schädliche Substanz, die die Muskelkontraktion (Zusammenziehung) verhindert. Durch Versuche konnte er das Vorhandensein eines solchen Stoffes nachweisen, indem nach einer Durchspülung des Muskels mit einer

Zur Generalversammlung.

Am 7. Juni d. J. tritt in Berlin der Delegiertentag unseres Gewerkschaftsbundes zusammen, um darüber zu beraten, ob in den letzten drei Jahren Verhältnisse eingetreten sind, die eine Aenderung in der Taktik oder dergleichen mehr notwendig erscheinen lassen. Neben unserer Gewerkschaften tagen in diesem Jahre noch eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften. Wenn wir uns nun die Sachorgane dieser Gewerkschaften ansehen, so finden wir, wie die Kollegen aus dem Lande ihre Ansicht zu dieser oder jener Frage, die auf den Tagungen eine Rolle spielen wird, zum Ausdruck bringen. Nur bei uns ist bisher noch alles ruhig gewesen.

Diegt dieses nun daran, daß bei uns nichts Verbesserungsbedürftig ist oder aber ist das Interesse der Mitglieder kein so großes am Delegiertentag. Wenn ich auch nun der Ansicht bin, daß keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen werden, so ist es doch angebracht, auf einige Punkte die Aufmerksamkeit hinzuweisen.

Zunächst will ich die Frage aufwerfen: „Haben sich seit unserem letzten Delegiertentag in unserem Beruf Ereignisse abgespielt, die geeignet sind, erhöhte Aufmerksamkeit zu verlangen?“

Wenn wir uns die Entwicklung in der Holzindustrie ansehen, so wird man diese Frage nicht unbedingt bejahen, aber auch nicht verneinen können. Ich erinnere zunächst an die Tarifbewegung von 1913. Dieselbe hat damals dazu beigetragen, die Gemüter in Spannung zu halten. Nachdem die Bewegung friedlich beruht, trat erklärlicherweise auch hier etwas Ruhe ein. Es kam weiter hinzu, daß durch das vollständige Darmiederliegen des Baugewerbes im verflochtenen Jahre unsere Kollegen in der Holzindustrie mit am schwersten unter den Folgen zu leiden hatten. Ich will es mir versagen, heute auf diese Frage näher einzugehen.

Was mir augenblicklich am notwendigsten erscheint, besteht darin, ob wir uns in den letzten Jahren so entwickelt haben, wie wir es allgemein gehofft und gewünscht hatten. Abgesehen von den Klassenverhältnissen, welche sich günstig weiterentwickelt haben, können wir dies von der Mitgliederbewegung nicht behaupten. Diese hat sich nicht so gestaltet, wie es wünschenswert gewesen wäre. Woran liegt dies? Sind Mängel in der Organisation vorhanden, haben die Beamten nicht die notwendigen Anregungen gegeben oder sind andere Gründe dafür zu finden. Unsere Unterstüßungseinrichtungen sind ohne Zweifel gut und können mit denjenigen unserer gegnerischen Verbände jeden Vergleich aushalten. Selbstverständlich dürfen die Unterstüßungseinrichtungen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Vielleicht ist in früheren Jahren zu viel Gewicht auf die Unterstüßungen gelegt worden und die Agitation hierbei zu kurz gekommen. Trotzdem darf man heute als erwiesen betrachten, daß eine Organisation ohne gute Unterstüßungseinrichtungen unter den heutigen Verhältnissen nicht konkurrenzfähig sein würde. Am besten beweist uns dies ein Blick in die Holzarbeiterzeitung. Der Holzarbeiterverband tritt ebenfalls in diesem Jahre und zwar am 24. Mai zu seinem Verbandstag zusammen. Der Verbandsvorstand hat nun in der Holzarbeiterzeitung eine Vorlage über die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung veröffentlicht, ohne eine Erhöhung der Beiträge vorzuschlagen. In der Diskussion treten nun die verschiedensten Ansichten zu Tage. Eine große Mißstimmung scheint bei einem Teil der Mitglieder gegen die Gehälter der Beamten zu herrschen. Aus den verschiedenen Meinungsäußerungen geht dies deutlich hervor.

Während nun ein Teil der Mitglieder mit der Erweiterung der Unterstüßungen einverstanden ist, fehlt es auch nicht an Stimmen, die sich überhaupt gegen den Ausbau der Unterstüßungen wenden. Die Tatsache jedoch, daß die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung vom Verbandsvorstand vorgeeschlagen wird, liefert den Beweis, für wie wichtig man die Unterstüßungseinrichtungen betrachtet.

Unsere von jeher in dieser Beziehung vertretenen Grundsätze haben sich also auch hier immer mehr Bahn gebrochen. Wenn es allein auf die Unterstüßungseinrichtungen ankäme, müßte unsere Mitgliederzahl bedeutend größer sein.

Mancher wird nun vielleicht sagen, es ist der gegen uns gelbte Terror und Zwang, der uns nicht hochkommen läßt. Wenn dies in vielen Fällen auch vielleicht zutreffen mag, so kann dies aber jedenfalls nicht ausschlaggebend sein, da doch noch Hunderttausende Arbeiter im Holzgewerbe herumlaufen, die keiner Organisation angehören.

Wenn man so die einzelnen Fragen erwägt, so kommt man schließlich zu dem Schluß, daß die Schuld an der unglücklichen Entwicklung unserer Mitgliederzahlen auf Mangel an Energie zurückzuführen ist. Was ich für notwendig halte, besteht darin, unsere Mitglieder zu Kämpfern für unsere Organisation zu erziehen. Wir müssen versuchen, allen Kollegen, nicht denjenigen, die in der Regel immer die Arbeit machen, beizubringen, daß es auch ihre verbammte Pflicht und Schuldigkeit ist, für die Stärkung unserer Bewegung zu sorgen. Man hält der Sozialdemokratie vor, daß sie eine „rote Woche“ veranstaltet. Wenn sie 100 000 Mitglieder hierbei gewinnt und verliert vielleicht wieder nach und nach 75 000 davon, so hat sie doch immer einen Zuwachs von 25 000. Warum sollen wir dies nicht können. Auch bei uns müßte in dieser Weise gearbeitet werden. Diejenigen Organisation, die heute vorwärtskommen will, ist auf die Kleinagitation angewiesen. Die Zeiten, wo durch öffentliche Versammlungen etwas erreicht werden konnte, sind vorbei. Hand in Hand mit der Gewinnung dieser Mitglieder muß dann selbstverständlich auch die Erziehung gehen. Wir müssen sie immer und immer wieder in den Kampf führen, um sie zu wirklichen Kämpfern zu machen und zu erziehen. Systematisch muß diese Arbeit gemacht werden, wenn wir Erfolge erzielen wollen.

Wenn es möglich sein sollte, daß der Delegiertentag in diesem Sinne gefasste Beschlüsse den nötigen Nachdruck zur Durchführung zu geben im Stande sein wird, wird es um unsere Bewegung schon um ein bedeutenderes besser werden.

S. Meskat - Bremen.

Von einer Generalversammlung zur andern zählen wir die Häupter unserer Lieben und sind wir leider nur immer dieselben geblieben. Wir haben aber im Vergleich zu der Mitgliederbewegung des freien und christlichen Holzarbeiterverbandes ziemlich gut abgeschnitten. Wir stecken jetzt nun einmal in einer gewissen Organisationsklaue, die durch die unter Dach befindlichen Tarifabschlüsse hervorgerufen und gedeckt ist. Die Kollegen, die sich durch das bis jetzt am besten bewährte Mittel der Hausagitation die Hüfneraugen wundgelassen haben, werden mit das Beständigen. So geht es nicht nur uns, sondern allen Organisationen; nur spricht man aus falscher Scham nicht davon.

Es ist aber notwendig, daß wir uns damit schon vor der Generalversammlung beschäftigen, um letztere zu einem entscheidenden Wort in dieser Frage zu veranlassen. Die Mitgliederbewegung einer Organisation steht mit ihrer finanziellen Seite in enger Verbindung und muß danach behandelt werden. Ob von seiten der Ortsvereine alles versucht worden ist, was zur Erhöhung ihrer Mitgliederzahl unter den gegebenen Umständen möglich war, läßt sich von hier aus selbstverständlich nicht beurteilen. Der Hauptvorstand resp. das Bureau hat es aber an einer großzügigen Methode fehlen lassen. Das ist durch Abwanderung von oben auch gar nicht anders möglich. Das Bureau müßte also zunächst seine fehlenden Erlasteile erhalten, d. h. es müßte durch die Anstellung der fehlenden Arbeitskräfte vervollständigt werden. Der Hauptvorstand unserer Organisation darf nicht mit den laufenden Bureauarbeiten beschäftigt oder gar überlastet werden (was doch gegenwärtig zutreffen muß), sondern seine Tätig-

keit muß sich neben der Führung des Ganzen im Hauptzweck dem Nachgehen nach neuen agitatorischen Motiven erstrecken. Das wird auch seine Pflicht sein, sie wird aber durch oben gefasste durchkreuzt. Seine natürliche Veranlagung kommt so nicht zur vollen Entfaltung.

Bei der oben genannten Werbelaufheit spielt, wie gesagt, die Geldfrage unmittelbar eine Rolle. Nach den Erfahrungen, die wir mit der Reduzierung der Prozente zu Verwaltungszwecken von 18 auf 10 Prozent gemacht haben, wird es sich empfehlen, für die Zukunft den Ortsvereinen mehr Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um ihnen — und hauptsächlich den kleineren — so mehr Freiheit und Möglichkeit zur agitatorischen Betätigung zu geben; für keinen Fall ist aber eine eventuelle vollständige Entziehung der Verwaltungsprozente zu befürworten. Wir nehmen sonst gerade den kleinen Ortsvereinen jede Aktionsfähigkeit und Werbelust. Man wird letztere und auch nicht auf die Lokalkasse verweisen. Wer aber die Schwierigkeiten kennt, mit denen die kleineren und mittleren Ortsvereine zu kämpfen haben, der weiß, daß es viel leichter fällt, die Verwaltungsprozente zu kürzen, als die Beiträge für die Lokalkasse zu erhöhen. Die Hauptkasse ist ja logischerweise durch die genannte Kürzung gestärkt worden. Das ist aber in Anbetracht der ebenso entstandenen Vethargie vieler Ortsvereine kein ganzer Erfolg und müssen wir versuchen, auch dem Uebel abzuhelfen.

Die gegenwärtige Zeit verträgt weder Beitrags-erhöhung noch die Schwärzung laufender lokaler Geldmittel. Ich verkenne die Notwendigkeit der Stärkung unserer Hauptkasse absolut nicht.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen glaube ich aber eine Beitrags-erhöhung oder die vollständige Entziehung der Verwaltungsprozente nicht als die nötige Paarung von Hauptkassen- und Ortsvereinsinteressen — die doch das Aufwärtstreben des ganzen erzeugen soll — behaupten zu können. Versuchen wir uns also bis zur nächsten Generalversammlung mit jeglicher Belastung und bauen wir nach Möglichkeit unsere Lokalkassen zu größerer Leistungsfähigkeit aus. Das letztere wird ja nicht ganz nach dem Geschmack unserer Organisationsform und Hauptleitung sein — das Bestreben unserer Hauptleitung geht bekanntlich doch dahin, soviel fließende Gelder als nur irgend möglich in die Hauptkassen zu konzentrieren, muß den Ortsvereinen ungewollt aber nicht ganz mit Unrecht gemessen werden die Hände zu binden — ist aber auf der anderen Seite notwendig, um die drückende Agitation mit dem nötigen Nachdruck entfalten zu können. Eine statistische Regelung der Lokaltbeiträge wird sich nicht überall ohne schädigende Wirkung durchführen lassen. Bei Voraussetzung keiner Beitrags-erhöhung müßten die Ortsvereine durch die Generalversammlung moralisch verpflichtet werden, ihre Lokaltassenbeiträge zu erhöhen; die meisten Ortsvereine würden das von selbst heraus tun. Der einmalige Beitrag zur Bestreitung der Kosten für die Generalversammlung hat böses Blut gemacht und müßte aufgehoben werden. Die Einziehung des Extrabeitrages von 50 Pf. für die Bestreitung oben genannter Kosten und zur Ansammlung eines Darlehnsfonds verursacht manchem Ortsverein nachteilige Schwierigkeiten, die durch das angesammelte Geld nicht im entferntesten ausgeglichen werden. Es würde sich also auch empfehlen, die Mittel für Darlehnsfonds aus Hauptkassengeldern zusammen zu stellen.

Daß ohne Beitrags-erhöhung auch die Gegenleistungen so belassen werden, versteht sich von selbst.

S. M i t s c h - Beuthen.

Die Klage der „Volksfürsorge“ gegen die „Deutsche Volksversicherung“ abgewiesen.

In der Klagesache der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg, gegen die „Deutsche

Großräumige bedeckte Wagen zur Beförderung von Stühlen aus besseren Hölzern.

(Nachdruck verboten.)

Mit der Zulassung der Bestellung solcher Wagen für die vorgenannten Transporte beschäftigt sich die letzte Sitzung der Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen. Und zwar waren dazu zwei Anträge gestellt worden.

Nach der gegenwärtigen Tariflage gehören zur Zeit an:

- a) dem Verzeichnis III des deutschen Eisenbahngütertarifs: Stühle, Stuhlgestelle, Bänke und Sofagestelle aus ungebojenem Holze, nicht zerlegt und nicht zusammenlegbar, poliert oder mit Flachpolitur.
- b) dem Verzeichnis VI des deutschen Eisenbahngütertarifs: Stühle, Stuhlgestelle, Bänke und Sofagestelle aus ungebojenem Holze, nicht zerlegt und nicht zusammenlegbar, nicht poliert und nicht gepolstert.

Nach diesen Bestimmungen dürfen also für nicht polierte und nicht gepolsterte Stühle aus Eiche, Nußbaum und Mahagoni wohl großräumige offene Wagen, nicht aber großräumige bedeckte Wagen gestellt werden. Ueber die Ausmaße der Stühle und Bänke aus ungebojenem Holz in die Verzeichnisse III und VI ist in der Unteranschreibung zu Weimar bereits im Ja-

nuar 1911 verhandelt worden. Man war darin einig, die ständige Tarifkommission und die Generalkonferenz traten später dieser Ansicht bei, daß Stühle und Bänke in hohem Grade sparrig seien, und daß die Zubilligung des Spezialtarifs III keinen genügenden Ausgleich für die Sperrigkeit biete.

Man erkannte ferner an, daß die Stellung großräumiger Wagen nicht nur durch die Sperrigkeit des Gütes, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen geboten sei, und daß verschiedene Gründe, namentlich die Erproblichkeit des Gütes und die bisherige Uebung bei einigen Verwaltungen (Württemberg, Baden, Pfalz, Sachsen) für die Gewährung großräumiger bedeckter Wagen sprächen.

Da außerhalb des Bereichs jener Verwaltungen bedeckte Wagen nur zu einem kleinen Teil, überwiegend aber großräumige offene Wagen benutzt worden waren, hielt man die Aufnahme der nicht polierten und nicht gepolsterten Stühle und Bänke in das Verzeichnis IV für genügend, die polierten oder mit Flachpolitur versehenen Stühle wurden in das Verzeichnis III aufgenommen, weil Waren dieser Art durch Druck oder Feuchtigkeit empfindlich geschädigt werden könnten.

Stuhlgestelle und Sofagestelle sollten mit Stühlen gleich behandelt werden.

Gegen diese Tarifsetzung sind nun bei der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen mehr-

fach lebhaft Beschwerden von Stuhlfabriken ihres Verwaltungsbereichs eingegangen, die die Gewährung großräumiger bedeckter Wagen auch für rohe Stühle aus Eiche und Nußbaum zum Ziele haben. Der Verband deutscher Stuhlfabrikanten hat sich diesen Wünschen angeschlossen.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen hat deshalb beantragt:

- 1. der Tarifstelle „Stühle“ im Verzeichnis III anzufügen: aus Eiche, Nußbaum oder Mahagoni, auch nicht poliert oder nicht gepolstert;
- 2. der Stelle „Stühle“ im Verzeichnis IV anzufügen: („vergleiche auch Verzeichnis III“).

Zur Begründung des Antrages ist ausgeführt, daß die deutsche Stuhlfabrikation sich in der neueren Zeit mehr den besseren Erzeugnissen zugewandt habe, und daß jetzt vielleicht zum größeren Teil Stühle aus wertvolleren Hölzern, namentlich aus Eiche, Nußbaum oder Mahagoni als Massenartikel hergestellt und in Wagenladungen, teils für sich, teils mit Buchenholzstühlen, verpackt werden. Diese besseren Stühle werden in der Regel roh, d. h. nicht poliert, vielfach auch nicht gepolstert, verpackt und erst bei den Empfängern weiter bearbeitet, hauptsächlich deshalb, weil der herrschende Geschmack die verschiedensten Farbentöne verlangt.

(Schluß folgt.)

Die Verände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; dieselben die Adressen von denjenigen Mitgliedern des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten.
Die Bezirksleitung
J. A. Bernholt.

der einzelnen Gewerkschaften zur Verfügung und umgekehrt.

Nebenverdienst!

Ca. M. 500—1000 per Monat. Nur für Herren. Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreiarbeiten! Bequem im Hause! Ganz neue Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prosp. Nr. E. 14 von Adr.: Postlagerkarte Nr. 1, Hamburg 36.

Älterer Maschinenarbeiter, welcher imhause ist, alle Holzbearbeitungsmaschinen im Stande zu halten, gegen guten Lohn in dauernde Stellung gesucht.
Anfragen an das Sekretariat
Hamburg, Marsstr. 18, I.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks befindet sich Breslau, Neumarkt 34. — Die Verände der Ortsvereine werden ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.

Vollversicherung, gemeinnützige Aktiengesellschaft in Berlin, wegen Unterlassung angeblich unlauteren Wettbewerbes hat die zweite Kammer für Handelsachen des Landgerichts II in Berlin auf die mündliche Verhandlung vom 18. Februar 1914 jetzt das Urteil verkündet. Die Klägerin wird mit der erhobenen Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

In der schriftlichen Urteilsbegründung, die nunmehr den Parteien zugestellt ist, wird unter anderem ausgeführt:

Die Beklagte hat sich mit zwei Flugblättern an die nationalgefeimten Kreise gewandt, um sie vor der Versicherung bei der Klägerin zu warnen. Die Klägerin wird als sozialdemokratisches Parteiunternehmen bezeichnet. „Bei diesem Unternehmen“, so heißt es in dem einen Flugblatt, „werden die Gelder letzten Endes dazu dienen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschlag im Kampf gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen.“ Die Beklagte hat ihre Behauptungen zu Zwecken des Wettbewerbes aufgestellt; es steht in Frage, ob sie gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verstößt hat. Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Wettbewerbsgesetzes ist die Behauptung oder Verbreitung von Tatsachen.

Unstreitig richtig ist die Behauptung der Beklagten, daß die Leiter der Klägerin sozialdemokratische Führer sind. Das übrige entzieht sich der Nachweisbarkeit und ist daher nicht als Behauptung von Tatsachen anzusehen. Allerdings würde die Behauptung einer Tatsache vorliegen, wenn die Auslegung zutreffend wäre, die die Klägerin der Behauptung gibt, daß nämlich behauptet werde, die Leiter der Klägerin hätten die Absicht, die Gelder der Versicherer ihrem Zwecke zu entfremden, das heißt zu veruntreuen.

Die Sozialdemokratie ist genötigt, bei ihrem Kampf um die Neugestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung sich der Machtmittel der gegenwärtigen Gesellschaftsform zu bedienen, so der Autorität und der Geldansammlung. Diese Machtmittel sind es, die die Beklagte als „Kriegsschlag“ bezeichnet. Sie können ganz im Rahmen der bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der heutigen Gesellschaftsform verwendet werden. Was insbesondere die bei der Klägerin eingehenden Versicherungsprämien anbetrifft, so können die Gelder zum Beispiel in mündelsicheren Hypotheken auf Gebäuden, die den Zwecken der Sozialdemokratie dienen, angelegt werden. Sie können aber auch zur Singabe von Darlehen an Gemeinden verwendet werden und so durch die Eigenschaft der Klägerin als Gläubigerin eine Stärkung der Sozialdemokratie gegenüber den Schuldnern herbeiführen.

„Daß die Versicherungsgesellschaften“, heißt es zum Schluß, „der staatlichen Aufsicht unterliegen, weiß das Publikum. Die Behauptung der Beklagten würde daher, wenn sie den Sinn hätte, den die Klägerin vermutet (das heißt also den Vorwurf der beabsichtigten Veruntreuung! D. Red.), bei dem Publikum schmerzlich klingen finden. Dieser Umstand spricht dafür, daß die Beklagte nicht etwa auf die angebliche Absicht der Führer der Beklagten zur Begehung gesetzwidriger Handlungen hat hinweisen wollen.“

Evangelische Arbeitervereine zum Streit in den christlichen Gewerkschaften.

Die Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften durchschwimmen die Luft und es hat den Anschein, als ob sie die Stelle der reinigenden Atmosphäre nach schwerem Gewitter darstellen sollen. Wir bleiben was wir sind, hört man es nach außen hin von Köln und München-Gladbach herüberhören. Innerlich scheinen sie aber doch einen größeren Kampf zu kämpfen, als es den Anschein hat. Wenn dann christliche Gewerkschaftsführer in unbeachteten Momenten ihrem gepreßten Herzen Luft machen und der Anschauung sind, daß es noch niemals schlechter mit ihnen stand wie jetzt, dann ist das zu begreifen.

Immerhin aber ist es interessant, was die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der evangelischen Arbeitervereine in Württemberg über den „neuen Streit“ zu sagen weiß. Die Nr. 10 sagt darüber:

„In Wirklichkeit aber sieht die Sache doch immer noch so, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften nur zugelassen sind, daß aber ihre Mitglieder als die schlechteren Katholiken erscheinen, die mit besonderen, ihnen gefährdeten Glauben schließenden Vorkehrungsmaßnahmen umgeben werden müssen. In Grund ist der gut römische Standpunkt nicht verlassen, daß der oberste Richter über das, was diese interkonfessionellen Gewerkschaften tun und lassen dürfen, der römische Papst bleibt, der von unsern deutschen Verhältnissen und Bedürfnissen so gut wie nichts versteht. Das ist ein unheilvoller Zustand, der nur dadurch befriedigend beendet werden kann, daß die katholischen Gewerkschaftsführer klipp und klar erklären: in unserer Gewerkschaftsarbeit lassen wir uns weder

vom Papst noch von den Bischöfen etwas hineinreden. Eine solche Erklärung ist unseres Erachtens das mindeste, was die evangelischen Mitglieder erwarten und verlangen können.“

Das ist zwar, obwohl sehr deutlich, aber wahr gesprochen. Man hat hiermit eine Stelle berührt, die zu den gefährlichsten bei den christlichen Gewerkschaften gezählt werden dürfen.

Alle Reinigungsversuche auf christlicher Gewerkschaftsseite, daß sie nicht von Rom als die geduldeten erscheinen, fallen mit der Kölner Bischofskonferenz denn doch in sich zusammen, und das von der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ verlangte erlösende Wort wartet noch heute auf seinen Erzeuger.

Gewiß, es hat einmal der Verbandsvorsitzende Math. Schäfers im Jahre 1908 auf dem internationalen christlichen Gewerkschaftskongress den Bischöfen zugerufen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Sie haben das Recht und die Pflicht, uns in religiösen und in kirchlichen Dingen die Wege zu weisen, aber wo es sich um Berufsfragen handelt, also um mehr oder weniger wirtschaftlichen Dingen, wird sich doch ein Bischof nicht das Recht nehmen wollen, ein Machtwort zu sprechen. Auf diesem Gebiete sind wir selbständig und müssen es sein; es scheint diese bekretende Offenherzigkeit aber läßliche Nachwehen gebracht zu haben, denn immer noch gibt Rom nicht nach, und nach außen hin spricht man von dem veruchten Besten.

Deutlicher ist schon die Kölner Bischofskundgebung, die in ihrem ersten Absatz davon spricht, daß die Vertretung von Standesinteressen als Grundsatz der katholischen Kirche anzusehen ist und daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse Frage war und sei.

Es sei aber in keiner Weise zu billigen, daß dort, wo die katholischen Arbeitervereine zugleich wirtschaftlichen Interessen dienen, sich die katholischen Arbeiter den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften anschließen.

Gemeint sind hier die Berliner Fachabteilungen, gegen welche bisher immer noch seitens der christlichen Gewerkschaften ein bitterer Kampf geführt wird und man hat es bisher noch nicht herausgekriegt, wer von beiden das wahre Christentum vertritt.

Wo aber solche Fachabteilungen nicht bestehen, da hat der heilige Euhel nach der bischöflichen Kundgebung in „wohlwollender Berücksichtigung“ der örtlichen Verhältnisse die „Duldung und Erlaubtheit“ ausgesprochen, daß sich die katholischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften, jedoch nur unter „besonderen Vorkehrungsmaßnahmen“ anschließen dürfen.

Des weiteren wird an die Vorstände und Mitglieder der katholischen Arbeitervereine die „oberhirtliche Mahnung“ gerichtet, daß diese Vorkehrungsmaßnahmen gewissenhaft beobachtet werden; auch die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben die Pflicht, Wache in der christlichen Gewerkschaft zu halten, damit sie nicht vom Wege der „oberhirtlichen Mahnung“ abweichen.

Es kann nun doch nicht mehr deutlicher ausgesprochen werden, daß die christlichen Gewerkschaften ihr ganzes Tun und Lassen in die Hände unmaßgeblicher Faktoren hineingelegt, resp. sich nach ihnen zu richten haben.

Nicht der Arbeitersekretär soll, wie Bischof Dr. Faulhaber in Neustadt in der Pfalz sagte, die Entscheidung darüber haben, ob die Voraussetzung gegeben ist, daß der katholische Arbeiter organisiert ist, sondern „die Entscheidung darüber hat der einzelne Bischof und nicht ein Arbeitersekretär.“

Das sind für die christlichen Gewerkschaften sehr harte Widerstände und noch mehr wie bisher muß man dem evangelischen Arbeiter die Frage vorlegen, ob er es mit seinem Inneren vereinbaren kann, wenn einseitige religiöse Interessen mit der Gewerkschaft vermischt werden.

Andererseits haben auch die katholischen Arbeiter alle Pflicht, sich in wirtschaftlichen Fragen Gewissensfreiheit zu bewahren. K. R.

Kundschau.

Ferientour für Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Redekunst. Der Bund Deutscher Bodenreformer veranstaltet zum vierten Male in Berlin in der Osterwoche vom 14. bis 19. April einen solchen Ferientour. Bisher haben über 1300 Personen aus mehr als 500 Orten unseres Vaterlandes an den Kurien teilgenommen. Elf Dozenten, die als Wissenschaftler und Praktiker sich bereits hohe Verdienste erworben haben, werden über folgende Themen reden: „Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart“, „Grundlagen der Volkswirtschaft“, „Kolonialprobleme“, „Städtische Sozialpolitik“, „Agrarwesen“, „Industrielle Probleme“, „Welthandelsverkehr“, „Arbeitslosenfürsorge“, „Verhütung von Arbeitskonflikten“, „Beamtenrecht“, „Genossenschaftswesen“, „Organisationsfragen“ und „Rhetorik“. Außer den Vorträgen finden noch Besichtigungen von sozialen Einrichtungen und industriellen Unternehmungen statt. Zum Kursus haben Damen und Herren Zutritt. Die Hörrergebühr beträgt 10 M. Näheres ergeben die Prospekte, die vom Bunde Deutscher Bodenreformer, Berlin, Lessingstraße 11, kostenfrei versandt werden.

Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse. In der allgemeinen Ortskrankenkasse Stolp i. Pom. ist bei der letzten Wahl die frühere sozialdemokratische Mehrheit besiegelt worden. Die neue Kassenverwaltung hat ein schwieriges Stück Arbeit zu leisten, um die eingetragene Wirtschaft auszuräumen. Kurz bevor die sozialdemokratische Herrschaft in der Krankenkasse ein Ende nahm, hat der frühere Vorsitzende noch schnell ein Grundstück an die Krankenkasse zu einem anormal hohen Preis verkauft. Der frühere zweite Vorsitzende und der Schriftführer der Kasse, die als Vertreter der Krankenkasse den Kauf abgeschlossen hatten, wurden noch schnell zu Beamten befördert. Gegen den Grundstücksverkauf legte die neue Kassenverwaltung Protest ein mit dem vorläufigen Erfolg, daß eine gerichtliche Taxierung vorgenommen wurde. Hierbei wurde das Grundstück um 20 000 M. billiger taxiert, wie es der erste Vorsitzende an die Kasse verkauft hatte. Der schon begonnene Neubau wurde sofort eingestellt und weitere Schritte in die Wege geleitet, um den sonderbaren Kauf rückgängig zu machen. Bezeichnend ist, daß die sozialdemokratische Presse sich gewaltig entsetzt hat und von einer Verkümmern des Selbstverwaltungsrechts redete, weil der frühere Vorsitzende nicht wiedergewählt wurde.

Die „Partität“ der christlichen Gewerkschaften. In der „Kreuzzeitung“ findet sich folgende Beschwärde eines anscheinend evangelischen „Christlichen“:

Im Bezirk Frankfurt a. M. und in Schaffenburg gibt es 19 christliche Gewerkschaftsbeamte, alle 19 sind katholisch. In Schlesien gibt es 14 christliche Gewerkschaftssekretäre, alle 14 sind ebenfalls katholisch. So sieht es mit der konfessionellen Neutralität aus. Mit der politischen Neutralität ist es nicht anders bestellt. In gewissen Zeitabständen finden Konferenzen der Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre der betreffenden Bezirke statt. In Frankfurt a. M. wird der Parteisekretär des Zentrums ohne weiteres zu den Konferenzen zugezogen, mit der Begründung, daß er ja aus der christlichen Gewerkschaft hervorgegangen sei. In Breslau wird dem gleichfalls aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Parteisekretär der Konservativen die Teilnahme an den Konferenzen verweigert. Solange es sich evangelische Arbeiter gefallen lassen, in den christlichen Gewerkschaften von Papstes Gnaden bloß „geduldet“ zu werden, so lange haben sie überhaupt kein Recht, sich über ihre Behandlung als Mitglieder zweiter Klasse zu beklagen.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 69. — Auskünfte kostenlos.

- Angemeldete Patente:
- Nr. 34 i. V. 11 339. Schreibisoh mit eingebauter, aufklappbarer Schreibmaschine. Camille de Bleschouwer u. Johannes Tacoma, Amsterdam. Angem. 2. 1. 13.
- Nr. 37 b. Sch. 43 513. Verfahren zur Erverbildung von Holzteilen. Otto Schramm, Pirna a. Elbe. Angem. 2. 4. 13.
- Gebrauchsmuster:
- Nr. 34 i. 588 435. Fußrolle für Möbel, Musikinstrumente u. dgl. Fa. Georg S. Lindner, Heldenau-Dresden. Angem. 24. 10. 13.
- Nr. 34 i. 588 858. Anordnung ausziehbarer Pullplatten an Schulbänken. August Niederkorn, Hannover-Linden. Angem. 20. 1. 14.
- Nr. 34 i. 589 272. Schiebepullplatte mit Holz- und Eisenführung. Wilhelm Forstinghausen, Gütersloh. Angem. 24. 1. 14.
- Nr. 34 i. 589 327. Flurgarderobe mit herausklappbarem Büstenkasten. Heinrich Gärtner, Biegnitz. Angem. 15. 1. 14.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Jeder Kollege hat sich bei Arbeitslosigkeit sofort im partiatischen Arbeitsnachweis, Küderstr. 9, zu melden. Ebenso hat die Meldung an demselben Tage in unserem Bureau, Greifswalder Str. 221/23, zwecks Ausstellen des Arbeitslosenattestates zu erfolgen. Das Bureau ist geöffnet von vorm. 11¹/₂ bis 1 Uhr nachm. von 6 bis 7 Uhr. Die Auszahlung der Unterhaltungen, auch Krankengeld, erfolgt nur Sonntags von morgens 9 bis 12 Uhr mittags. Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder auf die am 29. März, vormittags 10³/₄ Uhr, stattfindende Besichtigung der Meierei Volle aufmerksam, die angesichts des bestehenden Weltkrieges allgemeines Interesse hervorrufen dürfte.

Kaiserlaternen. In Nr. 46 der „Pfalz. Post“ hat wieder einmal die hiesige Zählstelle des Freien Glaserverbandes gesprochen und der Öffentlichkeit gezeigt, was sie nicht alles weiß und kann. Sie behandelt zunächst die Glaserarbeiten an der hiesigen Eisenbahnwerkstätte und kritisiert das Verhalten unseres Ortsvereins sowie auch einiger Unternehmer. Wie war aber der Sachverhalt? Als die Arbeit angefangen werden sollte, verteilte ein Mitglied des Verbandes an hiesigen Werkstätten Handzettel mit der Einladung zu einer öffentlichen Glaser-versammlung zwecks Regelung der Arbeitsver-

Brettern, Stützeleistungen beim Einschalen, das Einschalen (unter angemessener Anwesenheit von Facharbeitern), das Aufstellen ansäher Planken, transportabler Baubuden und ähnliche Arbeiten bei anderen Arbeitern zu deren Lohnsatz heranzuzulassen.“

*) Dieser Aufsatz ist in „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“, Zeitschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, vom 15. März 1914 enthalten.

sind in großer Zahl arbeitslos. Bis auf einen geringen Prozentsatz sind sie von ihrer Organisation ausgeschlossen, erhalten also keine oder nur noch geringe Unterstützung. Da liegt der Gedanke nahe: „Ubergang zur Industrie.“ Dem stellen sich aber eine Reihe Schwierigkeiten entgegen. B. B. wird speziell in der Metallindustrie von einer Anzahl Firmen der Nachweis verlangt, daß der Einzelklingende „längere Zeit“ auf den betreffenden Artikel gearbeitet hat. Autoschlösser werden bei einer be-

gen ist jede Ermüdung eine Vergiftung, und je nach dem Grade der Ermüdung und der Veranlagung des einzelnen kann sie Erkrankungen hervorrufen. Nach der Ansicht des italienischen Physiologen Mosse ist die Ermüdung ein chemischer Vorgang. Als Produkt dieses Vorganges entsteht eine schädliche Substanz, die die Muskelkontraktion (Zusammenziehung) verhindert. Durch Versuche konnte er das Vorhandensein eines solchen Stoffes nachweisen, indem nach einer Durchspülung des Muskels mit einer

Hälftigkeit bei der Ausführung der Arbeiten an fraglicher Werkstätte. So auch an dem Geschäft der Firma W. Mayer, bei der 3 Kollegen von unserem Gewerbeverein in Arbeit stehen. In unserer am selben Abend stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, daß wir der Einladung insofern keine Folge leisten, da diese Angelegenheit, unseres Erachtens nach, nicht in einer öffentlichen Versammlung geregelt werden kann. Daß ein Kollege von uns doch dort war, ist darauf zurückzuführen, daß er den gefassten Beschluß nicht wußte, da er in unserer Versammlung nicht anwesend sein konnte. Auch kann man ihn nicht, wie es im Artikel heißt, als Vertreter der Hirsch-Dünder betrachten, da er nicht dem Ausschuß angehört hatte. Als dann darauffolgende Woche ein Ausschußmitglied des Glaserverbandes zu unserem damaligen Schriftführer, Kollegen Schöner, mit einem an die hiesige Innung gerichteten Schreiben um eine Extrabergütung bei der Ausführung der fraglichen Arbeiten kam, erklärten wir uns trotzdem bereit, das Schriftstück zu unterschreiben, bloß sollte der betreffende Herr zu unserm Vorstehen gehen, da dieser es im Auftrag des Gewerbevereins zu tun hatte. Was er aber unterlassen hatte. Jedenfalls hatten sich die „zielbewußten“ Genossen gesagt, es geht auch ohne die Unterschrift des Gewerbevereins, wie 1912 beim Abschluß des Vertrags. Aber leider kam es anders. Warum hat man nicht im Tarifvertrag daran gedacht, solche Arbeiten festzulegen? § 3 käme wohl in Betracht, wenn er deutlicher ausgebaut wäre. Dazumal hätte man den Vertrag ohne uns abgeschlossen, und war es uns deshalb nicht möglich, bei der Verhandlung mit der Innung einen besseren Tarif abzuschließen. Sicherlich wäre der Vertrag, wenn ein gemeinsames Vorgehen geherrscht hätte, besser, und einzelne Paragraphen geregelter abgeschlossen worden, zumal die Situation und der Geschäftsgang ein guter war. Zu den Verhandlungen vorher hatte man uns zugezogen, wo auch unser Bezirksleiter, Kollege Varnholt, anwesend war. Denn daß unser Gewerbeverein fähig ist, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, hätte den Genossen doch bei den Unterhandlungen einleuchten müssen. Hatte doch der Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes dazumal dem Herrn Meister erklärt: „Wenn Sie meinen, ich sei der Aufwiegler, so will ich Ihnen sagen, daß ich der einzige war, der nicht für die Forderungen gestimmt hatte, notabene: ich war zufrieden mit meinem Loos.“ Wehe, wenn das ein Gewerkeverfeiner gewesen wäre, der wäre durch sämtliche Parteiblätter gestochen. War ja doch die Innung quasi gezwungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, da größere städtische Arbeiten zu vergeben waren und laut Stadtratsbeschl. Arbeiten nur an Betriebe mit Tarifvertrag vergeben werden sollten. Was in dem Artikel weiter gesagt wird, bezüglich der zerbrochenen 400 Scheiben, welche die fünf genannten Unternehmer bei ihren Hallen hatten, geht die Gehilfen jedenfalls nichts an, da sie ja auch nicht zu den Kosten beigetragen haben. Wenn die Meister 2 Rippen umwerfen und vor Tagesanbruch beerdigen, ist auch nicht unsere Sache, wie auch, ob sie einen Kranz an dem Massengrabe niederlegten. Gätten doch auch einige Kollegen des Glaserverbandes schon öfter für ihre ruhmreichen Leistungen einen Lorbeerkrantz verdient. Daß bei den zwei letzten Hallen, welche die Firmen Burken und Jung ausführten, bloß 20 Bruchstücke waren, kann die hiesige Zahlstelle des Glaserverbandes wieder nichts dafür, jedenfalls, weil dort bloß die im Artikel öfter genannten gelernten Glaser beschäftigt und auch im Verband sind. Wenn nun die Firma Burken bzw. ihre Gehilfen so thöricht sind, müßte doch auch die Firma die Arbeitszeit einführen, die in andern Werkstätten schon 2 Jahre besteht. Dreht es sich doch bloß noch um 1/2 Stunde Verkürzung am Samstagnachmittag. Wäre doch sicherlich nicht zu viel. Wir können es nicht begreifen, wie ein Mitglied des Glaserverbandes seinen Sohn in eine Werkstätte als Lehrling tut, wo bloß

Rechnungs-Abschluß

der Zuschuß-Frankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 121) für das Jahr 1913.

Einnahme	M		Ausgabe	M	
	₰	₰		₰	₰
An Kassenbestand vom Jahre 1912.	5810	94	Per Frankenunterstützungen	46885	81
„ Eintrittsgelder	134	—	„ Begräbnisgelder	1800	—
„ Wochenbeiträge	51527	73	„ Frankenkontrolle	688	55
„ Zinsen von Kapitalien	2610	15	„ Druckkosten und Uebersichten	241	50
„ Verkaufte Wertpapiere	1762	—	„ Verwaltungskosten pro 1912	1468	90
„ Zurückgezahltes Krankengeld	14	40	„ Schäfer	3740	—
„ Strafgebühren	25	—	„ Entschädigungen an die Haupttribünen	81	—
„ Darlehen	26	28	„ Entschädigung der zeitlichen Vorstände	2826	73
			„ Frankenkassenverband, Beiträge u. Abonnement	48	65
			„ Frankenkassenantrag (Fahrtgeld u. Diäten)	55	40
			„ Depositen an die Reichsbank	31	50
			„ Provision und Spesen	8	—
			„ Darlehen von 1912 zurück	10	—
			Kassenbestand	4188	41
Summa	61910	45	Summa	61910	45

Vermögensnachweis.

	Nennwert		Anschaffwert		Kurswert am 31. 12. 1913	
	₰	₰	₰	₰	₰	₰
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	66300	—	66705	80	56487	60
3 %	8600	—	8440	40	6536	—
Bankkonti und Kassenbestand	4188	41	4183	41	4183	41
Summa	79088	41	79279	61	67167	01

Berlin, den 31. Dezember 1913. Mitgliederzahl 2682. W. Bietke, Hauptkassierer. A. Günther, S. Feist, O. Wischmann, Haupttribünen.

3 unserer Mitglieder beschäftigt sind, da doch die „gelernten“ Kollegen in andern Betrieben zu suchen sind. Hat doch der Vater des Lehrlings einem Kollegen von uns erklärt, es sei dies noch eine von den wenigen Werkstätten, wo noch was zu lernen sei, da er selbst in dem Geschäft das Handwerk erlernt hätte. Daß die hiesige Zahlstelle des Glaserverbandes es für bedauerlich findet, daß drei Glaser unserem Gewerbeverein angehören, finden wir begreiflich. Jedenfalls haben die Kollegen erkannt, daß im Gewerbeverein nur wirkliche Arbeiterinteressen vertreten werden und nicht alles zuerst durch die Parteiblätter betrachtet wird. Wir meinen, die Zahlstelle Kaiserlautern hätte es gewiß nicht nötig, auf andere Organisationen verächtlich herabzuschauen, sitzen doch in ihren Reihen Kollegen, ja einer sogar im Ausschuß, die laut § 8 ihres Statuts nicht mehr aufnahmefähig sind. Aber da trifft wieder zu: „Geld stinkt nicht.“ Wir wollen als organisierte Arbeiter stets unsere Rechte wahren, finden es überhaupt als den größten Schaden, wenn Arbeiter sich gegenseitig bekämpfen, aber wir können doch nicht alles über unsern Gewerbeverein ergehen lassen. Wie man in den Wald hineinruft, schallt es wieder heraus. Zum Schluß müßten wir der hiesigen Verwaltung raten, nicht jedesmal in ihren Versammlungen ein Hirscheschreien zu veranstalten und mehr wirtschaftliche Verhältnisse zu regeln. Es könnte einmal leicht vorkommen, daß ein solch Hirschgeweih in den Stühlen stecken bleibt und müßte dann notgedrungen auf der Freibank ausgehauen werden. Ihr heute mal genug, vielleicht später mehr.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten nach Breslau (Vintz-Sofmann-Werke), Gera, Neuß (Pianosortefabrik von Späth).

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Aus folgenden Ortsvereinen sind die Inventar- und Bibliothekverzeichnisse bisher noch nicht eingegangen:

- Altenburg, Apolda, Beuthen, Bochum, Bremerhaven, Erefeld, Dahlbruch, Danzig II, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Gera-Neuß, Glash, Glogau, Göggingen, Görtz, Gotha, Greifswald, Großenhain, Haaren, Hagen, Halberstadt, Kaiserlautern, Landsberg a. W., Laffan, Laupheim, Lauterbach, Leipzig, Lindau, Lössau, Ortelsburg, Osterode, Pilschlag, Prießau, Rastow, Rothenburg, Rothenburg, Saarbrücken, Schleibitz, Schramberg, Siegen, Spottau, Straßburg, Striegau, Stuttgart, Uffenheim, Wierzen, Warmbrunn, Willenberg, Witttenberge, Worms, Zerbst.

Bezirk: Duisburg und Breslau. Die Ortsvereine werden ersucht, die Verzeichnisse bis spätestens 31. März 1914 an das Bureau einzusenden. Der Hauptvorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

- Sonntabend, den 21. März 1914:** Bezirk Ost und Köpenicker. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenicker. 65, 3. J. abend. Modelle- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Steintiner Str. 50, Bahlabend. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wolfshäger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerecht, Berlinstraße 1, Bezirksversammlung. Bezirk Weissensee. Abds. 8 1/2 Uhr, Sedanstraße 19, Ecke Glashitz, b. Wiedowild, Bahlabend.
- Sonntag, den 22. März 1914, vorm. 9 1/2 Uhr,** im Verbandshaus Greifswalder Str. 221/23: Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung und Abstimmung über die Anträge zur Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert!
- Sonntabend, den 28. März 1914:** Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matzsch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung.
- Sonntag, den 29. März:** Beschäftigung der Meierei Polle, Alt-Neuß 98-103. Treffpunkt pünktlich vorm. 10 1/2 Uhr gegenüber der Meierei im Al. Tiergarten.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neukölln.

Sonntabend, den 23. März 1914. b. Kramer, Hermannstr. 199, **Versammlung.** Bollständiges Erscheinen erwartet. Der Ausschuß.

Großenhain. Der Arbeitsnachweis und die Auskunftstelle in allen Rechtsfragen, Gesetzen u. dgl. befindet sich b. Koll. S. Hank, Fabrikstraße 1.

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3,— M. per 100 Stück.



Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. 500 Stück franco. Nichtbenutzendes Zurücknahme oder Umtausch. Versand von 100 Stück an.

Th. Peiser, Versandhaus, Berlin 54, Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1886.

Unentbehrlich für jedermann ist:

Meyers Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage

Grosses Konversations-Lexikon

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens

20 Bände in Heftbänder gebunden zu je 10 Mark oder 20 Prachtbände zu je 12 Mark

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Die Arbeitersekretärstelle

für den Ortsverband Düsseldorf wird vom 1. Mai 1914 ab neu besetzt. Das Anfangsgehalt beträgt 160 M. monatlich, außerdem Deckung der gesamten reichsgesetzlichen Versicherungsbeiträge; die weiteren Rechte und Pflichten werden durch den Anstellungsvertrag geregelt. Bewerber, die mindestens 5 Jahre den Deutschen Gewerbevereinen angehören, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes und einem Aufsatz über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs a) in der sozialen Gesetzgebung, b) in der Agitation und c) in der Bedienung der Presse an den Verbandsssekretär H. J. J. J. J. J., Düsseldorf, Kurfürstentrasse 29, bis zum 26. März 1914 einreichen. Der Briefumschlag muß die Aufschrift „Bewerbungsgesuch“ tragen. Die soziale Kommission des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbevereine für Düsseldorf und Umgegend.

Arbeitersekretariat Nürnberg und Umgegend.

Das Arbeitersekretariat der Gewerbevereine befindet sich ab 1. Juli 1913 **Kuffenhof 12**, nächst dem Hauptbahnhof. Telephon 6935. — Dortselbst für alle zureichenden Kollegen Arbeitsnachweis.

Bremen.

Das Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerbevereine befindet sich **Lindenstr. 2.**

Die Vorstände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; desgleichen die Arbeiten von denjenigen Kollegen des Ortsverbandes, die arbeitslos sind, zu melden. Die Bezirksleitung A. L. Bernholtz

der Deutschen Gewerbevereine für Düsseldorf und Umgegend.

Nebenverdienst!

₰. VI. 500—1000 per Monat. Nur für Herren. Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ganz neue Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prosp. Nr. E. 14 von Adr.: Postlagerkarte Nr. 1, Hamburg 36.

Älterer Maschinenarbeiter, welcher umhauend ist, alle Holzbearbeitungsmaschinen im Stande zu halten, gegen guten Lohn in dauernde Stellung gesucht. Meldungen an das Sekretariat Hamburg, Marcusstr. 18, I.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks befindet sich Breslau, Neumarkt 34. — Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.